

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Carola-Chocolade.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 3096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38-40.

Anzeigen-Zarif
Für den ersten Band...
Für den zweiten Band...
Für den dritten Band...
Für den vierten Band...
Für den fünften Band...
Für den sechsten Band...
Für den siebten Band...
Für den achten Band...
Für den neunten Band...
Für den zehnten Band...

Christbäume mit elektr. Lichtern
zu installieren, auch auswärts, erbiten sich
Ebeling & Croener, Bankstrasse 11
Kronleuchterfabrik und elektrotechn. Installations-Geschäft.

Gegen Husten u. Heiserkeit
Menthol-Katarrh-Pastillen
Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand
n. auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Gummi-alle Maschinenbedarfs-Artikel
Schläuche, Platten, Schläufe, Ringe, Klappen,
Bücher, Walzen, sowie
wie: Stoppbüchsen-Packungen, Seilhalter,
Wasserstandsgeber, Maschinenringe
in gros liefern in besten Qualitäten billigst in detail
Gummi- u. Asbest-Compagnie
Reinhard Stiebler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 16.

Lederwaren. Reise-Artikel.

Weitgehendste Auswahl in
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

Adolf Näter, Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft
26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Blutmäßige Bitterung: kühl, veränderlich.
In der geistigen Stadtverordnetenversammlung
wahl der ersten Altersklasse wurden zwei konservativ-
ausgesprochene, drei nationalliberale, sechs Junglings-
ausgesprochene, und zwei sozialdemokratische Kandidaten gewählt.
Die Erörterung wurde gestern in der Zweiten Kam-
mer zu Ende geführt.
Die Zahl der in der Irrenanstalt zu Friedrichsberg bei
Hamburg unter Vergiftungserscheinungen er-
krankten Personen beträgt 547, die aber zum Teil
wieder genesen sind.
König Leopold von Belgien hat eine neue
Alliengeseilschaft gegründet und ihr seinen Haupt-
grundbesitz überlassen.
Das italienische Ministerium hat dem König seine
Demission unterbreitet.

Die Reichsregierung und die Parteien.

Dem vorwöchentlichen Sessionsabschnitt des Reichs-
tages werden die aus den Kämpfen um die Reichsfinanz-
reform resultierenden Stimmungen den Stempel auf-
drücken, wie dies auch in der Wahlhandlung für
das Präsidium geschehen ist. Welcher Abgeordnete
die von dem bisherigen ersten Vizepräsidenten, dem nation-
alliberalen Abgeordneten Dr. Baasche, namens seiner
fraktion abgeordnete Stelle des zweiten Vizepräsidenten
einnehmen wird, entscheidet sich in der heutigen Sitzung
des Reichstages. In dem Verhalten der gesamten bür-
gerlichen Fraktionen in den drei Wahlgängen kann ein bedeu-
tendes Symptom vorliegen, wenn der Verzicht der Nation-
alliberalen gleichbedeutend wäre mit Enthaltung von
positiver parlamentarischer Arbeit. Aber sicherlich werden
sich die Nationalliberalen so weit nicht fortziehen lassen
wollen. Immerhin bleibt es tief bedauerlich, daß sie eine
Vertretung innerhalb des Präsidiums ablehnen, die sie
in der vorigen Legislaturperiode innegehabt haben und
die auch ihrer Fraktionsstärke entspricht. Gewiß war es
nach dem, was vorangegangen, für die Fraktion nicht leicht,
das Opfer zu bringen, das in der Annahme der zweiten
Vizepräsidentenstelle lag. Auch muß anerkannt werden, daß
ein nationalliberaler Präsident noch häufiger als bisher
der freisinnige Vizepräsident Kaempf in die unangenehme
Lage hätte kommen können, von den Parteien, die ihn ge-
wählt, unzureichend unterstützt zu werden. Aber nicht
nur im parlamentarischen Leben besteht die Erfahrung-
sache, daß Misserfolge und Niederlagen auch äußerlich
ihre Wirkungen äußern. Wenn die Nationalliberalen
diese Konsequenz nicht ziehen wollten, haben sie nicht die
nationale Pflichttreue, die man bei dieser Partei nach ihrer
Bergangenheit und ihrem Programm als selbstverständlich
voraussetzen sollte, sondern polemische Motive und
Parteiabsichten ausschlaggebend sein lassen. Die
Nationalliberalen haben sich bei ihrem Verhalten nicht die
wünschigen Konservativen, sondern das badiische Zentrum
zum Vorbild genommen. Dafür dürfte weiten national-
liberalen Wählerkreisen das Verhältnis völlig abgehen.
Die notwendige Folge ihrer Haltung kann nur sein, daß
konservative und Zentrum entscheidender aufeinander hin-
gewiesen und daß die liberalen Einflüsse, deren Berechti-
gung von der konservativen Partei keineswegs bestritten
wird, weiter zurückgedrängt werden. Eine weitere Folge
wird voraussichtlich sein, daß die Sozialdemokratie in den
letzten Volksfraktionen, die bisher sich und ihre Inter-
essen liberalen Vertretern anvertrauten, im steigenden
Maße Ueberläufer findet; in sie doch die Partei, die immer
dann den größten Vorteil hat, wenn die entschieden nation-
alen Parteien entzweit sind, und die empfindlichen Ab-
bruch erleiden muß, wenn diese Parteien fest zusammen-
stehen. Wenn unter diesen Umständen, wie gemeldet wird,
die Sozialdemokratie auf die Stelle des 2. Vizepräsidenten
und einen Schriftführerposten Anspruch erhebt, so zeigt
sich darin, welche Zumutungen die Sozialdemo-
kratie der bürgerlichen Fraktionen und dem deut-
schen Volk bereits bieten zu können glaubt. Selbstverständlich
wird der sozialdemokratische Anspruch, falls er ernstlich
erhoben werden sollte, nachdrücklich abge-
wiesen werden, und es ist zu hoffen und zu fordern, daß
wichtigsten in diesem Verhältnis alle staatsverhaltenden Par-
teien sich zusammen finden.
Das bedeutende Beispiel bei der Präsidentenwahl läßt
eine finanz- und steuerpolitische Nachlese von

anherer Gründlichkeit und Scharfe erwarten. Die Reichs-
regierung hat keinen Anlaß, sich in diesen Streit einzu-
mischen oder die Angriffe zurückzuweisen, die, weil sie aus-
schließlich agitatorischen Motiven entspringen, nicht ernst
genommen werden können. Die verbündeten Regierun-
gen — in ihrem Namen hat Herr v. Bethmann-Hollweg
die Verantwortung für die Reichsfinanzreform übernom-
men — befinden sich in einer ersten Notlage. Nicht so
sehr auf das Wie der Reichsfinanzreform, als darauf, daß
der nicht länger erträgliche Zustand von dem Reiche und den
Einzelstaaten genommen wurde, kam es an. Umsonst wer-
den also linksliberale und Sozialdemokraten sich abmühen,
den politischen Kredit der Regierung und
ihres ersten Vertreters zu schädigen. Herr v.
Bethmann-Hollweg hat sich zur Billigung der Reichs-
der neuen Mehrheit bereit finden lassen in der Erkennt-
nis, daß gegenüber der Notwendigkeit, die Geldwirtschaft
des Reiches zu ordnen, alle anderen Rücksichten und Wünsche
zurückzutreten hatten. Er darf erwarten, daß auch die
Parteien, die damals nicht auf ihre Rechnung gekommen
sind, dieses Faktum anerkennen und sich damit abfinden.
Die Zurückhaltung und Schwelgenheit, die der Kanzler
beobachtet, erscheint wohl geeignet, den dringend wün-
schenswerten Verhandlungs- und Entspan-
nungsprozess einzuleiten. Erst wenn dieser Prozess
fortschritt macht und die Parteibeziehungen von dem
Schwergewicht des ewig-Gestrigen befreit werden, kann sich
für die Regierung eine entschiedenere Stellungnahme em-
pfehlen. Der verantwortliche Leiter der Reichsregierung
muß es aus den dargelegten Gründen ablehnen, als Ver-
treter oder gar „Handlanger“ der sogenannten Reichsfinanz-
reform-Mehrheit in den politischen Kämpfen bewertet zu
werden. Diefelben konservativen und ultramontanen
Organe, die sich durchaus zur Abgabe einer der Erledi-
gung der Reichsfinanzreform aufstehenden Erklärung zu
drängen suchten, haben eine Entschädigung erfahren. Wie
er am 10. Juli im Reichstage ausschließlich die Entscheidung
des Bundesrates vertrat und die Frage nach seiner eigenen
Ansicht unerörtert ließ, so hat er sich auch bis heute in
diesen Dingen freie Hand behalten.

Daran wird auch die nächste Zukunft nichts
ändern. Die Thronrede enthält an erster Stelle die Zor-
derung, daß das Reich mit den neuen Einsparungsmaß-
nahmen auskommen hat. Ohne Zweifel eine durchaus berech-
tigte Forderung. Es wäre so ziemlich der schlimmste politische
Mißgriff, der begangen werden könnte, wenn man den
Reichstag in der Zeit bis zu den Neuwahlen mit neuen
Steuerentwürfen besetzen wollte. Allerdings muß der Ent-
wurf einer Reichs-Vertzswachstener nach den Bestimmungen
im neuen Anhanggesetz bis zum 1. April 1911 vor-
gelegt, das Gesetz, das mindestens 20 Millionen Ertrag
bringen soll, bis 1912 verabschiedet sein. Aber diesem Ge-
setze ist die allgemeine Zustimmung der Parteien so gut
wie sicher; es wird sich also nicht zur Wiederaufrichtung der
steuerpolitischen Streitfragen mißbrauchen lassen. Auch
spricht manches dafür, daß die Beobachtung äußerster Spar-
samkeit im Reichshaushalt — eine Forderung, der der
Reichsfinanzminister nach Ueberwindung mannigfacher persön-
licher und sachlicher Widerstände Geltung zu verschaffen
gewußt hat — in Verbindung mit den steigenden Mehre-
einnahmen des Reiches im Laufe der nächsten beiden Jahre
eine wesentliche Entlastung, die sich zum Teil schon jetzt
in verminderten Bedarf an Schanzenweisungen ankündigt,
herbeiführen und damit ein ebenso gefährliches, wie aus Un-
kenntnis oft völlig entheiltes Streitobjekt dem Mißbrauch
durch die demagogische Tagespresse entziehen wird.

Die sich so in weiterer Zukunft ergebenden freund-
licheren Absichten müssen im allgemeinen Interesse nach Mög-
lichkeit vor Störungen bewahrt werden. Die Regierung
wird die bürgerlichen Parteien solange mit gleichem Maß
messen müssen, als die Ungewißheit der Parteiverhältnisse
eine bestimmte Zielsetzung verbietet. Für die Rege-
rung kommt hinzu, daß im Laufe des Jahres neue
Interessengemeinschaften entstanden sind, die
zwar durch gemeinsame wirtschaftliche Bedürfnisse und Sor-
gen zusammengeführt sind, die aber doch beiseite sein wer-
den, auch auf politischem Gebiet Einfluß zu gewinnen.
Innerhalb der Mittelstandsvertretungen sind
schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten über das Ver-
hältnis zum Dienststand ausgebrochen, die in der einen oder
anderen Weise zum Austrag gebracht werden müssen. Von
anderen kommenden Ereignissen unseres politischen Lebens
werden die Parteien des Reichstages selbst berührt. Ein
engerer Zusammenfluß der linksliberalen Grup-

pen soll nach den Anbahnungen freisinniger Abgeord-
neter unmittelbar bevorstehen. Von dem auf den 11. d. M.
einberufenen konservativen Parteitag erwarten
man, der Anbahnung gemäß, verbindliche Erklärungen über
das Verhältnis der preussischen Monarchen zum Zen-
trum. Die Gegensätze zwischen konservativen und Zentrum
werden sich voraussichtlich noch verhärteten, wenn die
sozialpolitischen Vorlagen vom Zentrum als
willkommenes Mittel benutzt werden, um die katholischen
Arbeitermassen mit der Steuerpolitik des Zentrums wie-
der auszuheilen. So ist vorläufig alles in der Schwebe,
und kein Einsichtiger wird der Reichsregie-
rung verargen können, wenn sie von einer
entschiedenen Stellungnahme in der einen
oder anderen Frage vorläufig absteht und
die Parteien sich selbst und ihrer besseren
Einsicht überläßt.

Neueste Drahtmeldungen

Vom 2. Dezember.
Die „Deutsche Tageszeitung“ über den Grafen Bismarck v. Ostfildt
Rede im Landtag.
Berlin. (Priv. Tel.) In den Ausführungen des Mi-
nisters Grafen Bismarck von Ostfildt über die poli-
tische Stellung der Beamten schreibt die „Deutsche
Tageszeitung“ u. a.: „Der Herr Minister hätte unse-
ren recht wohl hervorheben können, daß ein Beamter einer
Partei nicht angehören könne, die nach Bedarf und Befinden mit
der antimonarchischen Sozialdemokratie partiiert. Der Herr Mi-
nister hätte weiter darauf hinweisen können, daß deshalb ein
Beamter, der die Staatsautorität zu wahren hat, nicht der nation-
alliberalen Partei angehören kann, die beispielsweise in
Berlin ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie geschlossen
hat, ja er hätte gar nicht außer Acht zu lassen brauchen, sondern
daran erinnern können, daß die nationalliberale Partei im
Königreich Sachsen einen Vertreter der antimonarchischen So-
zialdemokratie den Vizepräsidentenposten in der zweiten Kam-
mer unter gewissen Bedingungen angeboten hat. Der Minister
hat völlig recht, daß ein Beamter nur einer Partei angehören
kann, die entschlossen ist, die Staatsautorität mit aller Energie
zu wahren. Eine Wahrung der Staatsautorität ist in normalen
Zeiten nur möglich, wenn die Grundlagen der Verfassung ge-
wahrt werden. Die Sozialdemokratie, die gegenwärtig in
antimonarchischer ist, will diese Grundlagen zerstören und unter-
minieren. Es ist sonach schlechthin unmöglich, daß ein Beamter,
dessen Hauptaufgabe die Wahrung der Staatsautorität ist, dieser
Partei oder einer anderen Partei angehören kann, die mit ihr
so oder so gemeinsame Sache macht. Völlig und freudig stimmen
wir dem Inhalt der Rede des Staatsministers zu. Seine letz-
ten Worte können geradezu als goldene Worte bezeichnet
werden. Die Unabhängigkeit, die sich nicht vor der Kritik
verschleiender Tagesströmungen fürchtet und nicht aussetzt auf den
Beifall der Massen, ist nicht nur von den niedrigen Beamten zu
fordern, sondern auch von den höheren und den höchsten.“

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv. Tel.) Der „Vol. Anz.“ schreibt: In eini-
gen Kreisen ist das Gerücht ausgebreitet, Reichsfinanz-
minister Bethmann-Hollweg habe ein gewisses Interesse an der
Wahl des Erbprinzen zu Hohenzollern-Lothringen zum
Vizepräsidenten des Reichstages zu erkennen gegeben. Wir
können dieses Gerücht als jeder Unterlage entbehrend bezeichnen.
Die Wahl des Präsidiums ist eine interne Angelegenheit des
Reichstages, in die jegliche Einmischung von außen her unzu-
lässig erscheint.“

Berlin. (Priv. Tel.) Zur Wahl des Reichs-
tagspräsidenten schreibt die „Tageszeitung“:
Nationalliberale Reichstagsfraktion hat sich bei der Prä-
sidentenwahl dem Einfluß der Jungliberalen nicht zu ent-
ziehen vermocht. Sie hat die ihr vom Vorstand des Reichs-
verbandes der Jungliberalen erteilte Direktive streng be-
folgt und dem Ansehen der Reichstagsfraktion. Der Zweck
dieses Vorgehens hat sich gezeigt. Wie im Frühjahr durch
ihren Ertrag, so wollen die Liberalen jetzt auch durch ihre
Selbstbehaltung aus dem Reichstagspräsidium einen ge-
dehlichen Fortgang der parlamentarischen Arbeit, wenn
nicht verhindern, so doch erschweren. Die Liberalen, die
durch die deutschen Lande gezogen sind, um die Bevölkerung
durch die Veranschaulichung zu beruhigen, daß nunmehr durch
die Schuld der konservativen die ausschlaggebende Macht
des Zentrums wiederhergestellt sei, hat durch ihre vom
Parteitag durchgeführte Taktik gerade dem Zentrum einen
großen Vorteil verschafft. Nicht der Umstand, daß der Ab-
geordnete Dr. Spahn zum ersten Vizepräsidenten gewählt
worden ist, sondern die Tatsache, daß die Nationalliberalen
es demonstrativ abgelehnt haben, sich an einer Mehrheit-
bildung im Reichstage zu beteiligen, ist dazu ansetzt, den
parlamentarischen Einfluß der Zentrumspartei zu erhöhen.“

Berlin. (Priv. Tel.) Ein zweiter Nachtrag
zum Kolonialetat für 1909 fordert 2 Millionen
Mark für die Fortführung der Hambarabahn zum Kiliman-
djaru, von Bulko nach Moshi, und 1.437.412 Mark für Sü-
dwestafrika. Dem Nachtrag sind zwei Denkschriften beigegeben
worden. Die eine begründet die Notwendigkeit der Fortführung
der Hambarabahn mit den günstigen Erfahrungen, die bei der
Besiedlung und Anbahnung des neu zu erschließenden Te-

Naumanns Nähmaschinen
Siedel & Naumann, Dresden, N. A. O.